

# Meldungen

zusammengestellt von Thomas Bärthlein und Dirk Geilen

## 'Peoples War Group' verübt Anschläge

Die linksradikalen Naxaliten der 'Peoples War Group' haben in mehreren Bundesstaaten aufsehenerregende Attentate verübt. Im Dezember ermordeten sie den Transportminister von Madhya Pradesh, Likhiram Kawre, in seinem Heimatdorf im Distrikt Balaghat. Sie begründeten die Tat mit der Tötung von drei Guerillaführern im benachbarten Andhra Pradesh Anfang Dezember — offiziellen Angaben zufolge bei einem Gefecht, nach Darstellung der 'Peoples War Group' jedoch nach ihrer Verhaftung. Hauptangriffsziel der Maoisten bleibt jedoch die Polizei. Zuletzt starben 23 Polizisten bei einer Minenexplosion im Distrikt Bustar (Madhya Pradesh) am 20. Februar. Bustar, der flächenmäßig größte Distrikt Indiens, vor allem von "Adivasi" bewohnt, ist seit langem eine Hochburg der Naxaliten. In Andhra Pradesh töteten sie wenige Tage zuvor sieben Polizisten.

In Bihar bekämpfen sich die verschiedenen Naxaliten-Gruppen dagegen zunehmend untereinander. Dabei stehen sich das 'Maoist Communist Centre' (MCC) auf der einen und die Allianz 'People's War', ein Zusammenschluß der 'Peoples War Group' und der CPI-ML-Fraktion 'Party Unity', auf der anderen, und schließlich die CPI-ML-'Liberation' auf der dritten Seite gegenüber. Allein bei einem Überfall des MCC im November wurden im Distrikt Palamau im Süden Bihars 12 Sympathisanten von 'Peoples War' getötet. Ein Vertreter der kommunistischen Partei CPI bezifferte die Zahl der Toten in solchen inner-naxalitischen Gefechten für das Jahr 1999 auf 40. Die CPI-ML-'Liberation' hat 1994 den Untergrundkampf und die Strategie gezielter "Exekutionen" hinter sich gelassen. Kritiker vermuten, daß der Aufstieg des MCC von der Regierung Bihars, aber auch von Privatarmeen der Landbesitzer unterstützt wurde, um die Agitation der 'Liberation'-Gruppe zu sabotieren.

## Neues TB-Programm zeigt erste Erfolge

Indische Tuberkulosepatienten, die im Rahmen eines 1997 eingeführten neuen Therapieprogramms behandelt werden,

haben siebenmal bessere Überlebenschancen als bisher. Wie die Weltgesundheitsorganisation WHO in Delhi mitteilte, sterben nur noch vier Prozent der Erkrankten, während 84 Prozent endgültig geheilt werden. Ein wesentliches Element des neuen Programms ist, daß sich die Patienten täglich melden und ihre Medikamente einnehmen müssen. Viele chronische TB-Kranke neigen sonst dazu, die Medizin nach einer ersten Besserung zu früh abzusetzen. Inzwischen haben 135 Millionen Inder Zugang zu der neuen Therapie. In Indien sterben bislang fast 500.000 Menschen jährlich an Tuberkulose.

## Filmemacherin Deepa Mehta erneut in der Kritik durch Hindu-Nationalisten

Hindu-Nationalisten in Kalkutta haben öffentliche Proteste gegen die Regisseurin Deepa Mehta und ihre Schauspielerin Shabana Azmi angekündigt, falls sie ihren neuen Film "Water" in der Stadt drehen will. In Benares hatten fanatische Hindus die Kulissen für die Dreharbeiten zuvor in Brand gesteckt. "Water" erzählt die Geschichte von verwitweten Mädchen aus Bengalen, die in den dreißiger Jahren in Benares zur Prostitution gezwungen wurden. Damit werde die hinduistische Kultur herabgesetzt, argumentieren die Kritiker. Bereits für ihren früheren Film "Fire", einer lesbischen Liebesgeschichte, war Deepa Mehta von

Hindu-Fanatikern kritisiert worden, weil er angeblich gegen traditionelle Hindu-Werte verstoße.

## Hauptverdächtiger im Mordfall Staines gefaßt

Dara Singh, der mutmaßliche Anführer des Mobs, der im Januar 1999 in Orissa den australischen Missionar Staines tötete, ist verhaftet worden. Eine Untersuchung war im August zu dem Ergebnis gekommen, das nicht die radikale Hindu-Organisation 'Bajrang Dal' die Verantwortung trage, sondern Dara Singh als Einzeltäter. Radikale Hindu-Gruppen hatten Staines vorge-



Proteste gegen den neuen Film von Deepa Mehta (Foto: 'Frontline')

worfen, er habe Arme und Stammesangehörige ("Adivasi") mit Gewalt zum Christentum bekehrt. Im Januar dieses Jahres hat die Regierung Orissas eine Verordnung erlassen, nach der vor einer religiösen Konversion eine polizeiliche Untersuchung stattfinden muß. Christliche Priester beklagen, daß diese Regelung nur bei zukünftigen Christen angewendet werde.

### Naga-Anführer in Thailand verurteilt

Thuingaleng Muivah, einer der prominenten Anführer des Unabhängigkeitskampfes im nordöstlichen Bundesstaat Nagaland, ist im Süden Thailands zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Muivah, der einen Flügel der Naga-Guerilla NSCN leitet, war mit gefälschten Papieren eingereist. Er war auf dem Weg zu einer Konferenz in den Niederlanden. Muivah, ungefähr 70 Jahre alt, hatte den NSCN in den späten 70er Jahren gegründet. Seine Fraktion des NSCN hat 1997 einen Waffenstillstand erklärt. Aber sie wird von Nagalands Ministerpräsidenten S.C. Jamir beschuldigt, hinter einem Attentat auf ihn im November 1999 zu stecken. Jamir äußerte sich befriedigt über die Verhaftung Muivahs.

### Kommission soll Verfassung überprüfen

Die indische Regierung hat eine Überprüfung der Verfassung angekündigt und zu diesem Zweck ein elfköpfiges Gremium unter dem ehemaligen obersten Richter M.N. Venkatachalaiah einberufen. Ziel einer Revision soll es sein, die politische Stabilität zu fördern. Der Sturz von Regierungen in Vertrauensabstimmungen soll erschwert werden. Der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) schwebt dabei die Einführung eines "konstruktiven Mißtrauensvotums" vor, da hierbei der Premierminister nur durch die Neuwahl eines Nachfolgers gestürzt werden kann. Ein anderer Vorschlag, der in BJP-Kreisen seit längerem kursiert, ist die Einführung eines Präsidialsystems. Außerdem soll die Kommission die Frage klären, ob Personen ausländischer Herkunft - so z.B. die Vorsitzende der oppositionellen 'Congress'-Partei, Sonia Gandhi, - hohe Ämter in Indien bekleiden dürfen.

Das Wahlprogramm der regierenden Allianz sieht außerdem eine stärkere Rolle der Bundesstaaten vor. Die Opposition sowie Präsident K.R. Narayanan, sind skeptisch. Beim 'Congress' wurde die Befürchtung laut, die BJP wolle bei der Verfassungsreform den säkularen Charakter des indischen Staates schwächen. Für eine Verfassungsänderung wäre eine Zweidrittelmehrheit im

indischen Unterhaus notwendig. Über diese Mehrheit verfügt die von der BJP geführte Regierungskoalition allerdings nicht.

### Tote nach Gerichtsurteil

Nach der Verurteilung der früheren Ministerpräsidentin Jayalalitha in einem Korruptionsprozeß ist es Anfang Februar im südindischen Bundesland Tamil Nadu zu Unruhen gekommen, in deren Folge drei Studentinnen nach einem Überfall auf einen Bus verbrannten, weitere Personen wurden durch den Anschlag verletzt. Bei den Übergriffen wurden zudem Dutzende von Bussen beschädigt oder zerstört und rund eintausend Personen verhaftet. Wie die Tageszeitung 'The Hindu' berichtet, waren die Studenten der 'Tamil Nadu Agricultural University' nach einer Studienreise auf dem Heimweg nach Coimbatore, als das Fahrzeug von wütenden Passanten angehalten und ein Brandbeschleuniger in den Bus geworfen wurde.

Nach bisher noch unbestätigten Angaben werden Parteianhänger der 'All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam' (AIADMK) für den Anschlag verantwortlich gemacht. Ihre Generalsekretärin Jayalalitha wies die Vorwürfe an ihre Parteianhänger zurück. Jayalalitha war am 3. Februar von einem Gericht in Chennai (Madras) zu einer Haftstrafe von einem Jahr und einer Geldbuße von eintausend Rupien verurteilt worden, weil sie in ihrer Amtszeit als Ministerpräsidentin 1994 an der Vergabe illegaler Hotel-Konzessionen beteiligt gewesen sein soll. Sie hat Berufung gegen das Urteil eingelegt.

Sowohl die Gewalttätigkeiten, als auch der Umgang der Politiker mit dem Verbrechen selbst werfen kein gutes Licht auf die politische Kultur im südindischen Bundesstaat. Nachdem es bereits in der Vergangenheit immer wieder zu kommunalistischen Ausschreitungen gekommen war, nimmt auch der Protest parteipolitischer Anhänger immer häufiger gewalttätige Züge an. Die Führer der Parteien gehen dabei zumeist nicht mit gutem Beispiel voran. Sie beschränkten sich auch in diesem Fall auf gegenseitige Schuldzuweisungen ohne sich tatsächlich über die Hintergründe der Bluttat informiert zu haben. Nachteilig wirkt sich dabei der um die Parteiführer betriebene Personenkult aus. Besonders die um die frühere Götterdargestalterin Jayalalitha gepflegte Verehrung weckt schnell die Emotionen der Anhängerschaft. Beunruhigend in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß die Gewaltbereitschaft der Anhänger dabei oftmals als Gradmesser ihrer Unterstützung gewertet wird. Gewalt

wird somit in bestimmten Grenzen als Mittel der politischen Agitation akzeptiert.

Der Tod der Studentinnen hat gleichzeitig zu einer Solidarisierung in der Studentenschaft geführt. Die bisher stark nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgerichtete und eher schwache Studentenschaft hat sich parteiübergreifend solidarisiert und sich in zahlreichen Demonstrationen für die Aufklärung der Geschehnisse, eine angemessene Entschädigung der Opfer sowie für eine Kontrolle der Gewalttätigkeiten gegen Studenten eingesetzt. Die landesweiten Proteste blieben friedlich.

### Kritik an Großstaudämmen

Auch unter den politisch Verantwortlichen in Indien mehren sich die Stimmen derjenigen, welche den Bau von weiteren Großstaudämmen mit Skepsis betrachten. Mit diesen Worten lassen sich die Ergebnisse einer Veranstaltung der 'National Water Development Agency' Anfang Februar in Udthagamandalam/Tamil Nadu zusammenfassen. In der Tageszeitung 'The Hindu' wird dabei Dr. Ramchandra Singh Deo, der für Wasserfragen zuständige Minister des Bundesstaates Madhya Pradesh, mit folgenden Worten zitiert: "Wir haben genügend Großstaudämme, laßt uns keine weiteren bauen. Wir können diejenigen fertigstellen, bei welchen die Arbeiten bereits zu 35 Prozent fortgeschritten sind." Deo sagte zudem, daß der Staat unter einer seltenen Krankheit, der "Gigantomanie" leide, wenn er beabsichtige, die größten Staudämme der Welt zu konstruieren und dabei den menschlichen Schicksalen, der Umweltzerstörung und den damit verbundenen Langzeitfolgen keinerlei Beachtung schenke.

Gleichzeitig räumte er ein, daß bereits in der Vorbereitungsphase dieser Projekte Fehler gemacht worden sind. So hätten die Menschen in den betroffenen Regionen von Beginn in die Planung mit einbezogen werden müssen. Dazu Deo wörtlich: "Die Regierung hat nicht das Recht, isoliert über die Zukunft der Menschen zu entscheiden. Sie müssen sich aktiv an dieser Entwicklung beteiligen."

Weitere in der Vergangenheit gemachte Fehler - so der Minister - finden sich im Bereich der Quantifizierung der tatsächlich vorhandenen Wassermengen sowie der erstellten Kosten-Nutzen-Rechnungen. Nicht selten sei es in diesen Bereichen zu politisch motivierten Manipulationen gekommen. Auch die Umsiedlungspraxis müsse einer Revision unterzogen werden, da diese bisher nur als "inhuman" zu bezeichnen sei. In den Fällen, in denen es zu Um-

siedlungen kommt, müssen die Vertriebenen zu den wirklichen Nutznießern des Projekts gehören. Bisher sei es so gewesen, daß die bezahlten Kompensationen ausschließlich zum Überleben eingesetzt wurden, den Betroffenen jedoch keine längerfristige Perspektive boten. Zumeist seien "Adivasi" die Leidtragenden dieser Entwicklung gewesen.

Die Teilnehmer betonten aber auch, daß es nicht darum gehen könne, jegliche Aktivitäten bei der Ausweitung der Bewässerungsmöglichkeiten einzustellen. Der bisher verfolgte Ansatz müsse jedoch zugunsten einer längerfristigen Perspektive weichen. So sei es zukünftig eine wichtige Aufgabe der Planungskommission, eine realistische langfristige Politik bei der Entwicklung der Wasserreserven zu unterstützen. Dr. Singh Deo machte in diesem Zusammenhang auf ein weiteres gravierendes Problem bei der Entwicklung der indischen Wasserressourcen aufmerksam: die Verschmutzung des Oberflächen- und Grundwassers durch Urbanisierung und Industrialisierung auf der einen und intensiver landwirtschaftlicher Nutzung auf der anderen Seite. Hier gelte es geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um eine drohende Umweltkatastrophe zu vermeiden.

### Jahresbericht zur Bahnsicherheit

Wie der Jahresbericht 1998-1999 der Behörde zur Bahnsicherheit ausweist, lassen sich fast 90 Prozent aller Eisenbahnunglücke der 'Indian Railways' im Berichtszeitraum auf menschliches Versagen zurückführen. Die Behörde ließ verlauten, daß sie in Zukunft die Einstellungskriterien erhöhen sowie die Ausbildung besonders der Zugführer verbessern will. Laut Bericht ereigneten sich in der betreffenden Periode 397 Zugunfälle, in die 197 Personenzüge verwickelt waren. Insgesamt kamen dabei 295 Menschen ums Leben. Der schwerste Unfall, bei dem 212 Menschen starben, ereignete sich im November 1998 in Khanna/Nordindien.

Das Staatsunternehmen 'Indian Railways' ist mit 1,6 Millionen Beschäftigten der größte Arbeitgeber des Landes. Insgesamt unterhält die Bahn mit über 60.000 Kilometern das größte Schienennetz in Asien und das viertgrößte weltweit.

### 'Nationale Bevölkerungspolitik 2000' verkündet

Wie das Unionskabinett am 15. Februar verlauten ließ, soll eine neue Bevölkerungspolitik, u.a. durch das Instrument finanzieller Anreize, die Attraktivität der Kleinfamilie erhöhen und mittel-

fristig das Bevölkerungswachstum des Landes zum Stillstand bringen. Zu den breit gefächerten Maßnahmen gehören u.a. Prämien, sollte die Mutter bei der Geburt des ersten Kindes bereits das 21. Lebensalter erreicht haben oder erst nach dem gesetzlichen Mindestalter heiraten. Letzterer Punkt beinhaltet auch, daß die bestehenden Gesetze, wie in diesem Fall das Verbot von Kindesheiraten, konsequenter durchgesetzt werden. Im besonderen zielt die neu formulierte Bevölkerungspolitik auf Paare unterhalb der Armutsgrenze ab. Diese sollen z.B. bei einer Sterilisation nach der Geburt des zweiten Kindes von einer besseren Gesundheitsvorsorge profitieren. Zu diesen medizinisch-sozialen Maßnahmen gehören auch die Bereitstellung von Gesundheitszentren sowohl für Kinder in ländlichen Gebieten, als auch in städtischen Slums oder auch die Möglichkeit, Abtreibungen in einer medizinisch unbedenklichen Einrichtung vorzunehmen. Gleichzeitig ist man sich der Tatsache bewußt, daß der Erfolg der Maßnahmen eng mit dem Bildungsniveau der Zielgruppe in Verbindung steht. Auch hier will man gezielt Anstrengungen unternehmen, wobei eine stärkere Partizipation von Frauen im formellen Berufsleben angestrebt wird.

Überwacht wird die Implementierung der neuen Politik durch eine 'Nationale Bevölkerungskommission' unter dem Vorsitz des Premierministers. Zu den Mitgliedern der Kommission gehören Kabinettsminister, die 'Chiefminister' der Bundesstaaten mit ihren für diesen Bereich zuständigen Ministern sowie Gesundheitsexperten.

### Kontroversen im Vorfeld des Clinton-Besuchs

Der mit Spannung erwartete Besuch des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton im März - dem ersten seit Präsident Jimmy Carter - wurde bereits im Vorfeld von den sich verschärfenden indo-pakistanischen Spannungen überschattet. Die nach wie vor angespannte Lage in Kashmir sowie ein großangelegtes Truppenmanöver Indiens an der Grenze zu Pakistan haben den verbalen Schlagabtausch zwischen den Ländern noch einmal erhöht. Immer wieder wird dabei auch von indischer Seite betont, daß man im Besitz von Atomwaffen sei und diese auch nach einem pakistanischen Erstschatz einzusetzen bereit ist. Gleichzeitig macht die indische Regierung deutlich, daß ihr nicht an einer Vermittlerrolle der USA im Konflikt mit Pakistan bzw. Kashmir gelegen ist und sie diesen nach wie vor als bilaterale Angelegenheit betrachtet.

Noch immer unschlüssig zeigt sich

die amerikanische Regierung hingegen Ende Februar, ob Clinton auch der Militärregierung in Islamabad einem Kurzbesuch abstaten soll. Die indische Regierung hat diesbezüglich verlauten lassen, daß sie es quasi als unfreundlichen Akt ansehen würde, sollte sich der US-Präsident für einen Besuch der pakistanischen Machthaber entscheiden.

### Wasserknappheit

Aufgrund einer ernsthaften Dürreperiode durch den ausgebliebenen Monsun ist es in einigen Regionen Gujarats und Madhya Pradeshs zu Ausschreitungen um Wasser gekommen, in deren Verlauf drei Menschen starben. Die heftigsten Zusammenstöße gab es dabei in Gujarat, wo die Landesregierung das Wasser eines Damms für die am 'Rann von Kutch' gelegene Stadt Jamnagar zurückhalten wollte, woraufhin die Landbevölkerung mit Protesten reagierte.

### Vijanagar-Status gefährdet

Nach Angaben der UNESCO besteht die Möglichkeit, daß der Vijanagar vor 15 Jahren verliehene Status eines Weltkulturerbes zurückgenommen werden könnte. UNESCO-Mitarbeiter begründen diesen möglichen Schritt mit diversen Verstößen gegen die durch die Klassifizierung verbundenen Auflagen. Dazu gehören der fortschreitende Zerfall der Relikte des letzten großen Hindu-Königreiches, die unerlaubte Bautätigkeit, der Abbau von Granit auf dem 26 Quadratkilometer großen Gelände sowie die zunehmende Anzahl von westlichen Aussteigern, die zum Teil in den historischen Bauten leben. Für diese hat sich 'Hampi' - wie Vijanagar auch nach seinem zentralen Ort benannt wird - in den letzten Jahren zu einem Geheimtip entwickelt. Nur einige hundert Kilometer von Goa entfernt, zieht es nun die sogenannten "Hippies" ins Landesinnere nach Hampi. Aber auch die Landesregierung von Karnataka hat in der Vergangenheit gegen die bestehenden Auflagen verstoßen. So ist sie beim Bau von Brücken in der Nähe der Monumente beteiligt gewesen oder hat den Bau von Gebäuden, darunter auch Hotels, genehmigt.

In dem an historischen Denkmälern üppig ausgestatteten Bundesstaat Karnataka hat die Warnung der UNESCO Politiker aus Bangalore wie auch aus New-Delhi auf den Plan gerufen. Mit vereinten Kräften versuchen diese nun, die drohende Herabsetzung abzuwenden. Die neue 'Congress'-Regierung in Bangalore, unter ihrem Ministerpräsidenten S.M. Krishna, hat eine Expertenkommission ins Leben gerufen,

welche Pläne zur Rettung der historischen Kunstschatze ausarbeiten soll. Die Bundesregierung hingegen hat über ihren Minister für Kultur, Sport und Jugend, Ananth Kumar, bereits konkrete finanzielle Zusagen gemacht, um das Weltkulturerbe Vijanagar zu bewahren.

### Reaktionen zur Flugzeugentführung

Nach der eine Woche andauernden Entführung eines Flugzeugs der 'Indian Airlines' Ende des Jahres und der Freipressung von Gefangenen aus indischer Haft erntete die Regierung für ihr Krisenmanagement harsche Kritik aus den eigenen Reihen. Die beiden Führer der wichtigsten hindu-radikalen Organisationen 'Rashtriya Swajamsevak Sangh' (RSS) und 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP), Rajendra Singh und Ashok Singhal, bemängelten die Unentschlossenheit der Behörden bei einer Zwischenlandung des Passagierflugzeugs im indischen Amritsar sowie die Nachgiebigkeit der Regierung Vajpayee bezüglich der von den Entführern gestellten Forderungen. Rajendra Singh ging soweit zu behaupten, daß die Entführung, die im afghanischen Kandahar zu Ende ging, die Feigheit der indischen Gesellschaft widerspiegeln. Singh fügte hinzu: "Es wird Zeit, daß die Hindus mutiger werden." Der Grundstein dafür, glaubt er, sei bereits gelegt und zwar durch die vielen tausend Schulen der VHP und anderer Hindu-Organisationen. Hier - so Singh - könnten den Kindern Werte der "moralischen Tapferkeit" eingeschärft werden. Dies sei auch nötig, da eine "unterwürfige Person" in der heutigen Welt nicht bestehen könne. Nach Meinung des RSS-Führers muß die indische Gesellschaft jedoch wehrhaft sein, um dem vom pakistanischen Geheimdienst ISI "eingepflanzten Terrorismus" zu widerstehen.

### Protest gegen Kernkraftwerk

In verschiedensten Aktionen haben Anfang des Jahres nationale und internationale Kritiker gegen das Kernkraftwerk von Koodankulam an der Südküste im Bundesstaat Tamil Nadu protestiert und Petitionen, mit der Bitte das Projekt zu stoppen, an die indische Bundesregierung gerichtet.

Der Vertrag zum Bau des Kraftwerks wurde 1988, zwei Jahre nach Tschernobyl, zwischen Rußland und Indien unterschrieben. Neben den mit der Inbetriebnahme verbundenen unkalkulierbaren Sicherheitsrisiken für Mensch und Umwelt, führen Kritiker des Projekts zudem die Kosten von mehreren Milliarden Dollar für den Bau des 2.000 Megawatt-Reaktors an.



Am 1. Januar verließ die Maschine der 'Indian Airlines' den Flughafen in Kandahar (Foto: 'Frontline')

### Kaschmirische Militante entführen indisches Verkehrsflugzeug

Nach einem achttägigen Geiseldrama auf dem Flughafen von Kandahar (Afghanistan) hat die indische Regierung im Austausch für die über 150 Flugpassagiere drei Militante aus der Haft entlassen. Die US-Regierung erklärte, sie habe Beweise, daß die von Pakistan unterstützte Organisation 'Harkat ul-Mujahedin' für die Geiselnahme Ende Dezember verantwortlich sei. Sie gilt als Nachfolge-Organisation von 'Harkat ul-Ansar', die das US-Außenministerium als terroristisch eingestuft hat.

Masood Azhar, einer der drei freigelassenen Militanten, kündigte in Pakistan mehrfach an, den bewaffneten Kampf fortzusetzen. Unbestätigten Angaben zufolge soll er im Februar daraufhin in Haft genommen worden sein.

Im indischen Teil Kaschmirs haben die separatistischen Guerilla-Kämpfer in den vergangenen Monaten mehrere spektakuläre Angriffe durchgeführt. Selbstmordattentäter stürmten ein militärisches Hauptquartier in Srinagar. Mehrere Bombenanschläge gab es auch in der Stadt Jammu und der Umgebung, die als mehrheitlich von Hindus bewohntes Gebiet bisher von den Aktivitäten der Separatisten weitgehend verschont geblieben war. Auch am indischen Nationalfeiertag, dem 26. Januar, explodierten in Jammu vier Sprengsätze.

In der Stadt Pattan im Kaschmir-Tal brannten im Januar 80 Geschäfte auf

dem Markt ab, nachdem die Sicherheitskräfte beschossen worden waren. Offizielle indische Quellen machten einen Kurzschluß verantwortlich; Stadtbewohner und die pakistanische Regierung sprachen von einem Raucheakt indischer Truppen.

Nach Angaben indischer Sicherheitskräfte hat sich die Zahl der in Kaschmir aktiven Militanten seit dem Kargil-Konflikt im letzten Sommer auf etwa 5.000 verdoppelt.

\*\*\*